

Kreisarchiv Stormarn B2



Kreisarchiv Stormarn

Bestand **B 2**

253

Kreisarchiv Stormarn B2

Farbkarte #13

B.I.G.

Centimeters	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
Inches	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
Blue																			
Cyan																			
Green																			
Yellow																			
Red																			
Magenta																			
White																			
2 Color																			
Black																			

Kreis Stormarn
Der Landrat
-Kreisentschädigungsamt -
4-1/9

Bad Oldesloe, den 31. Dezember 1953

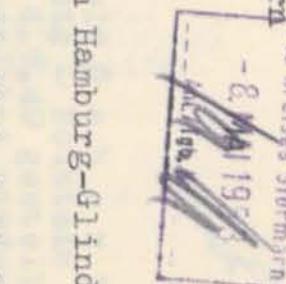
6

DER INNENMINISTER
DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN

(24b) KIEL, den 4. Mai 1953
Landeshaupt, Diestenhofer Weg 70/90
Telefon 408 91
Fernschreiber 629 823

Geschäftszeichen: Ref. I 16 - f - Ba./Sch.
(Im Antwortschreiben anzugeben)

An den
Herrn Landrat des Kreises Stormarn
- Kreissonderhilfsausschuss -
in Bad Oldesloe



Betr.: Rudolf Gebert, wohnhaft in Hamburg-Linde, Gr. Glinder

Berg 5.

Anliegend überreiche ich zuständigkeitshalber ein
Schreiben des Obengenannten. Ich bitte Sie, von dem Antrag-
steller die nötigen Unterlagen anzufordern. Herr Gebert hat
1 Anlage.

Im Auftrage:

Vgl.

Im Auftrage:

W. E. Schröder

- Holstein habe ich
ndesergänzungsgesetz-
alistischen Verfol-

eitung zur Ausfül-
vordrucke mit der
eitung genauestens

anträge läuft am
erforderlichen Be-
nd Zeit, diese zu

en auftreten, bitte
ei persönlichen Be-
mittwochs und frei-
h Abstand zu nehmen,
liche Zeit und Mehr-
forderlichen Be-

t, dass alle Fragen
en vermieden werden.

en haben, bitte ich
wieder einzureichen.
gungsgesetzes An-
Rückgabe der Frage-

2

19. Mai 1953

Sonderhilfesausschuss
4-1/9 - Gebert -

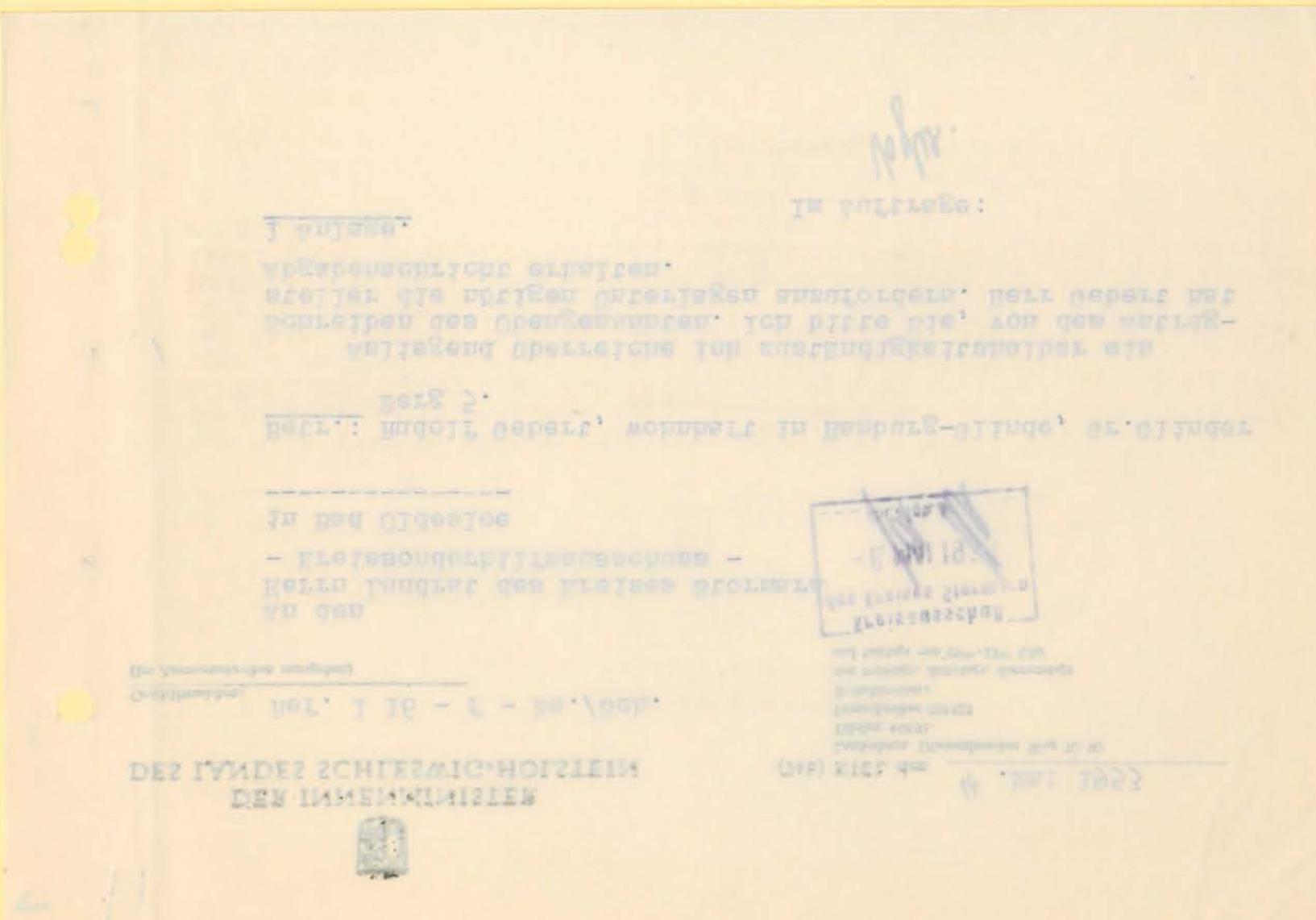
D. K.

An die
Freie und Hansestadt Hamburg
- Amt für Wiedergutmachung -
in Hamburg

✓ 2/5. 4

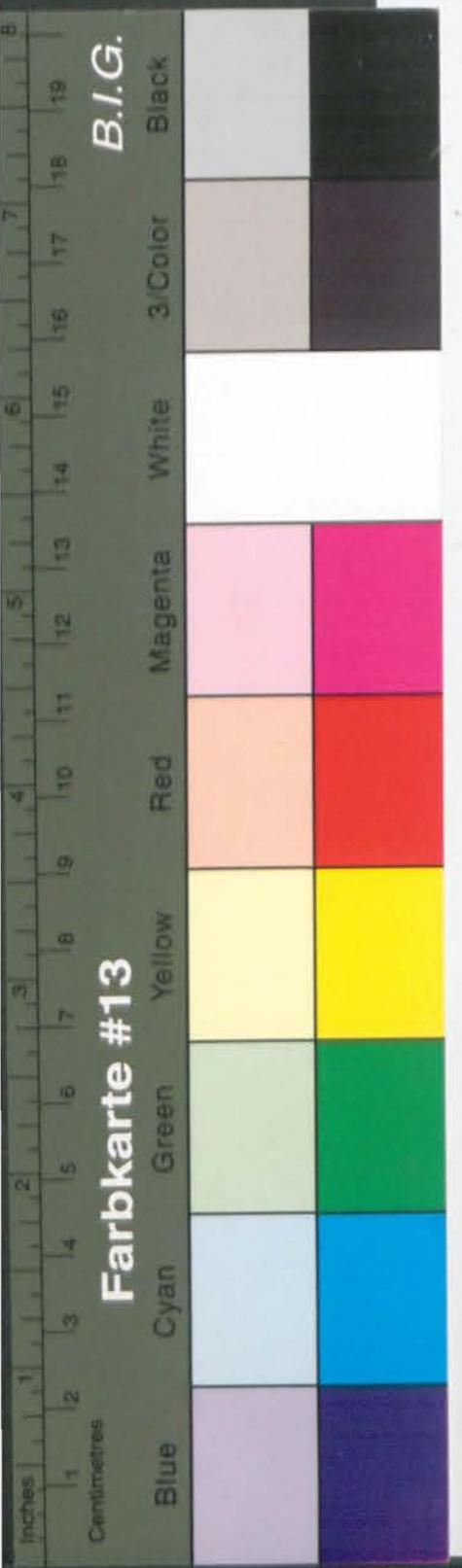
Der seit 1936 in Glinde wohnhafte Rudolf G e b e r t hat bei dem Herrn Innenminister des Landes Schleswig - Holstein einen Antrag auf Haftentzündigung nach dem Gesetz vom 4.7.49 gestellt und angegeben, dass sein dort eingereichter Antrag abgelehnt worden sei.
Der Herr Innenminister des Landes Schleswig - Holstein hat mich jetzt gebeten, zu dem Haftentzündigungsantrag Stellung zu nehmen.
Da Gebert zuständig für den Kreis Stormarn ist, bitte ich um die Überlassung der dort erwachsenen Vorgänge oder um Mitteilung der Hindernissegründe.

Im Auftrage des Landrates:



Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

10. Mai 1952

Bundesarchiv, Berlin-Karlshorst
Reichsarchiv für die Volksbildung

D. K.

Wiederholung
der Frage
am 10. Mai 1952

Im Auftrage des Landrates:
p. H. M.

In der Hartentschädigungssache Rudolf Gabert
Akkz. Nr. 27682/Ga. 5

gebe ich anliegend die wir überlassene Fürsorgeakte nach Einsichtnahme mit Denk zurück.

Kreis Stormarn
Der Landrat
-Kreisentschädigungsamt -
4-1/9

Bad Oldesloe, den 31. Dezember 1953

Sonderhilfsauschuss
4-1/9 - Gebert -

D. K.

3. Juni 1953

- Holstein habe ich
indesergänzungsgeset-
alistischen Verfol-

eitung zur Ausfül-
vordrucke mit der
leitung genauestens

Anträge läuft am
erforderlichen Be-
nd Zeit, diese zu

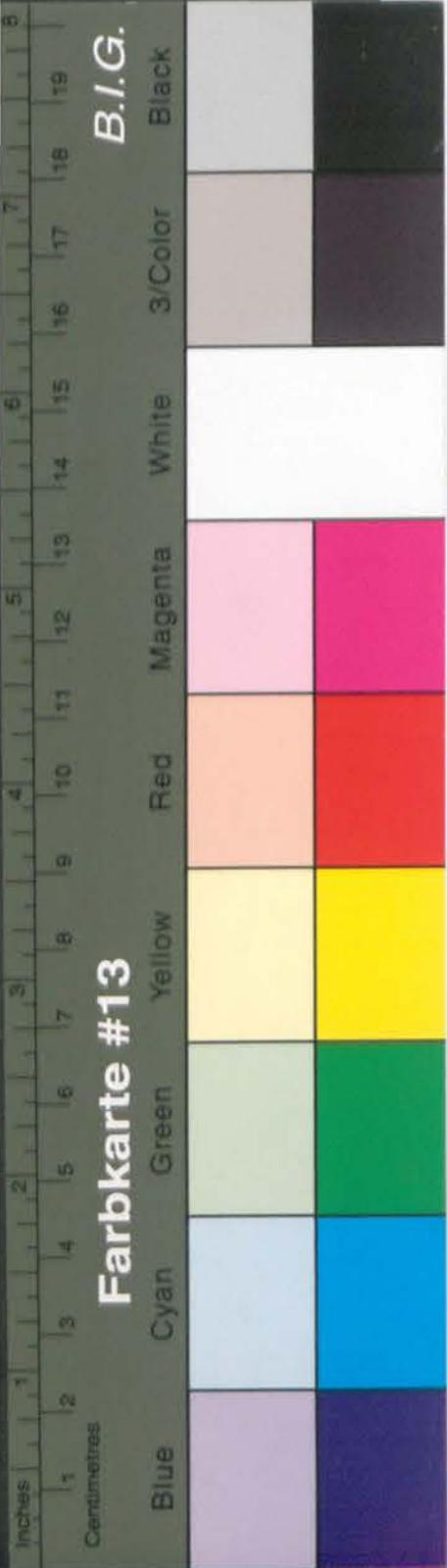
en auftreten, bitte
bei persönlichen Be-
mittwochs und freih-
Abstand zu nehmen,
liche Zeit und Mehr-
forderlichen Be-

t, dass alle Fragen
en vermieden werden.

en haben, bitte ich
wieder einzureichen.
ungsgesetztes An-
Rückgabe der Frage-

Wiederholung

Kreisarchiv Stormarn B2



Kreis Stormarn
Der Landrat
-Kreisentschädigungsamt -
4-1/9

Bad Oldesloe, den 31. Dezember 1953

Sonderhilfseusschule
4-1/9 - Gebert -

Herrn
Rudolf Gebert
in Glindede
Gr. Glindenberg 5

D./K.

In Ihrer Haftentzündigungssache habe ich inzwischen von der Innenstadt Hamburg Ihre Akte zur Einsichtnahme angefordert. Hieraus habe ich entnommen, dass Sie erstmalig am 20.2.53 einen Antrag auf Haftentzündigung gestellt haben. In diesem Antrag geben Sie an, dass Sie bisher die Haftentzündigung nicht benötigt hätten. Aus diesem Grunde wurde Ihnen auch berücksichtigt, dass Sie keine Wiedergutsachung aus der Fristverlängerung möglich ist der Nachsicht wegen der Fristverlängerung gewahrt werden könnte. Für das Land Schleswig-Holstein gilt das Haftentzündigungsgesetz vom 4.7.49. Das Gesetz sieht vor, dass Anträge auf Haftentzündigung innerhalb eines Jahres nach Verkündigung bei dem für den Wohnsitz zuständigen Kreissonderhilfseusschule eingereicht werden. Das Gesetz ist am 2.8.49 verkündet, so dass mit dem 1.8.50 die Frist für die Erteilung der Anträge abgelaufen ist. Der Landessonderhilfseusschule in Kiel hat jedoch die Möglichkeit, übernahmehnung zu erteilen, wenn unbillige Färbungen bei dem Ver sagen der Haftentzündigung vorliegen. Um nun diese Sache dem Landessonderhilfseusschule vorliegen zu können, bitte ich Sie, mir zunächst noch

3. Juni 1953

Leitung zur Ausfüllsvordrucke mit der Leitung genauestens
santräge läuft am er erforderlichen Beend Zeit, diese zu

ten auftreten, bitte Bei persönlichen Beimittwochs und freich Abstand zu nehmen, olische Zeit und Mehr erforderlichen Be-

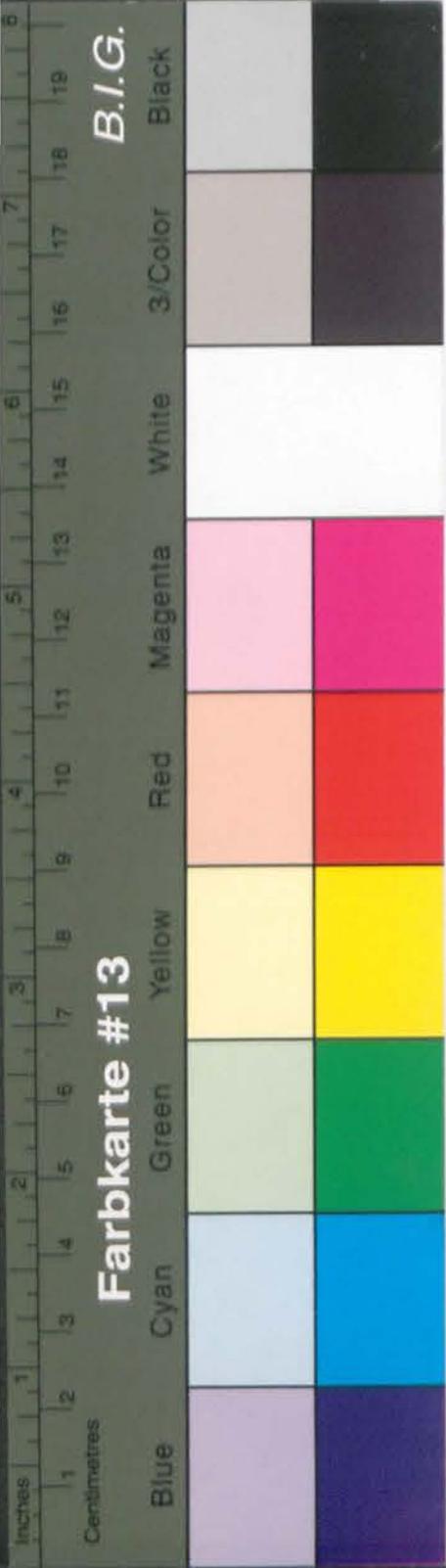
it, dass alle Fragen gen vermieden werden.
den haben, bitte ich wieder einzureichen. igungsgesetztes An Rückgabe der Frage-

6

15

s - Holstein habe ich indesergänzungsgesetzalistischen Verfol-

Wiederholung



Kreisarchiv Stormarn B2

noch Unterlagen über Ihre Haftzeit einzureichen. Ob der Landessons-
derhilfesuchsen eine Ausnahmegenehmigung erteilen wird, dürfte
sehr fraglich sein, weil Sie, wie auch bereits aus der Mitteilung
des Wiedergutmachungssutes Hamburg erichtlich, ohne sichtlichen
Grund die Stellung des Haftentschädigungsantrages verzögert haben.

Der Einreichung des Haftnachsweises sehe ich entgegen.

Gleichzeitig bitte ich Sie, mir noch die enliegende Erklärung über
evtl. Mitgliedschaften zur NSDAP oder deren Gliederungen einzureichen,
jedoch Ihre Unterschrift zuvor bei Ihrer Amtsverwaltung beglaubigen
zu lassen. Weiter bitte ich, mir eine Meldeberecheinigung der Meldebe-
hörde einzureichen, woraus ersichtlich ist, seit wann Sie im Lande

Schleswig - Holstein wohnhaft und gewendet sind.

Ohne diese Unterlagen ist eine Bearbeitung in keinem Falle möglich.

Im Auftrage des Landrates:

Kreis Stormarn
Der Landrat
-Kreisentschädigungsamt -
4-1/9

Bad Oldesloe, den 31. Dezember 1953

Herrn/Frau/Fräulein

Herrn
Rudolf Geberth,
Glindede
Dr. Glindede Berg 5.

in

Von dem Herrn Innenminister des Landes Schleswig - Holstein habe ich
inzwischen die Antragsformulare auf Grund des Bundesergänzungsgeset-
zes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfol-
gung erhalten.

In der Anlage übersende ich Ihnen daher eine Anleitung zur Ausfül-
lung des Entschädigungsantrages und zwei Antragsvordrucke mit der
Bitte, bei der Ausfüllung der Fragebogen die Anleitung genauestens
zu beachten.

Die Frist für die Einreichung der Entschädigungsanträge läuft am
30.9.1954 ab. Soweit Sie noch nicht im Besitz der erforderlichen Be-
weisunterlagen sind, haben Sie daher noch genügend Zeit, diese zu
beschaffen.

Soweit bei der Ausfüllung der Anträge Unklarheiten auftreten, bitte
ich Sie, sich an meine Dienststelle zu wenden. Bei persönlichen Be-
suchen wollen Sie bitte die Sprechstunde montags, mittwochs und fre-
tags beachten. Von unnötigen Rückfragen bitte ich Abstand zu nehmen,
da die Bearbeitung der anfallenden Anträge erhebliche Zeit und Mehr-
arbeit erfordert und durch die nicht unbedingt erforderlichen Be-
suche usw. die Bearbeitung nur verzögert wird.

Es ist in Ihrem eigenen Interesse von Wichtigkeit, dass alle Fragen
so erschöpfend beantwortet werden, dass Rückfragen vermieden werden.

Sobald Sie die erforderlichen Unterlagen in Händen haben, bitte ich
Sie, mir die beiden Antragsformulare ausgefüllt wieder einzureichen.
Sollten Sie jedoch auf Grund des Bundesentschädigungsgesetzes An-
träge nicht mehr zu stellen haben, bitte ich um Rückgabe der Frage-
bogen.

Im Auftrage:

W. L. L. -

- Gebert -

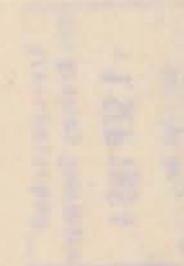
Bad Oldesloe, den 28. September 1954
D./Str.

An die
Amtsverwaltung
in Glinde

H.W.H.

In der Wiedergutmachungssache Rudolf G e b e r t in Glinde, Gr. Glinder Berg 5, bitte ich um Erteilung einer Meldebescheinigung, in doppelter Ausfertigung, woraus ersichtlich ist, seit wann G. in Glinde wohnhaft und polizeilich gemeldet ist.

Im Auftrage *des* Landrates:

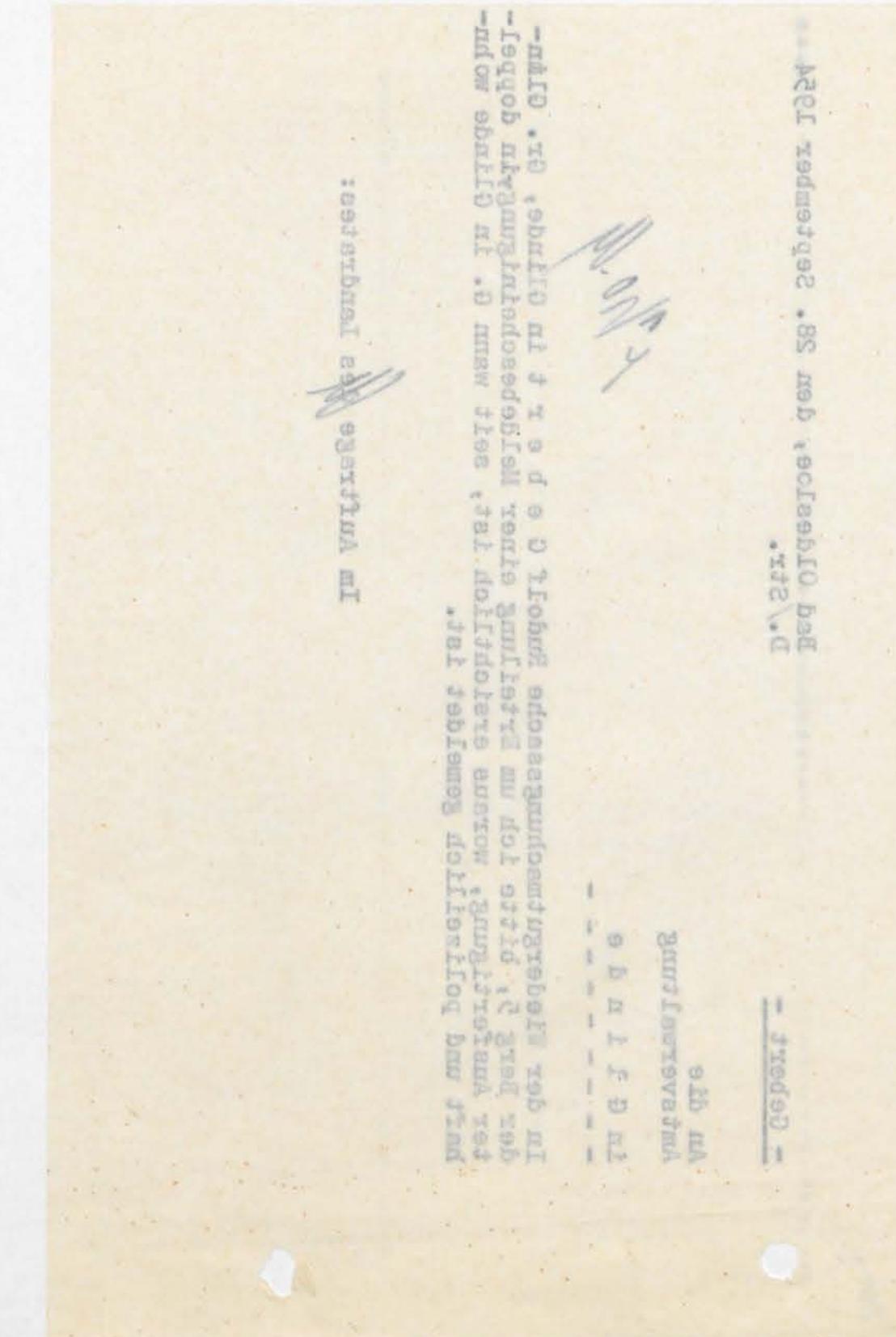


Kreisarchiv Stormar B2





Kreisarchiv Stormarn B2



8

Nur von der Entschädigungsbehörde auszufüllen:
(Eingangsstempel)

Vor Ausfüllung Merkblatt lesen!
In Maschinen- oder Blockschrift ausfüllen!
Nicht Zutreffendes streichen!

**Kreisausschuß
des Kreises Stormarn**
- 1. SEP 1954
AN LICH.

mit Anlagen

Nr.

Empfangsbestätigung erteilt am

Antrag
auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG) vom 18. 9. 1953 (BGBl. I S. 1387)

I. Anspruchsberechtigte(r)

1. Name: *Gebert Rudolf Glinde Kreis Stormarn*
Vorname: *Rudolf* Jetziger Wohnort / Sitz (Kreis, Land):
Geburtsdatum und -ort (Kreis, Land): *18.8.1909* *Hamburg*
Familienstand: Led. / verh. / verw. / gesch.
Anzahl der Kinder: *3* Alter der Kinder: *24 - 18 - 12*
Staatsangehörigkeit: frühere: *Deutsch* jetzige: *Deutsch*

2. Beruf: *Maschinenbauer*
Erlernter Beruf: *Baumaschinen-Monteur*
Jetzige berufliche Tätigkeit: *Baumaschinen-Monteur*

3. Sind Sie selbst verfolgt worden?
Wenn ja: *politisch* Ja / nein
Wegen Ihrer politischen Überzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?

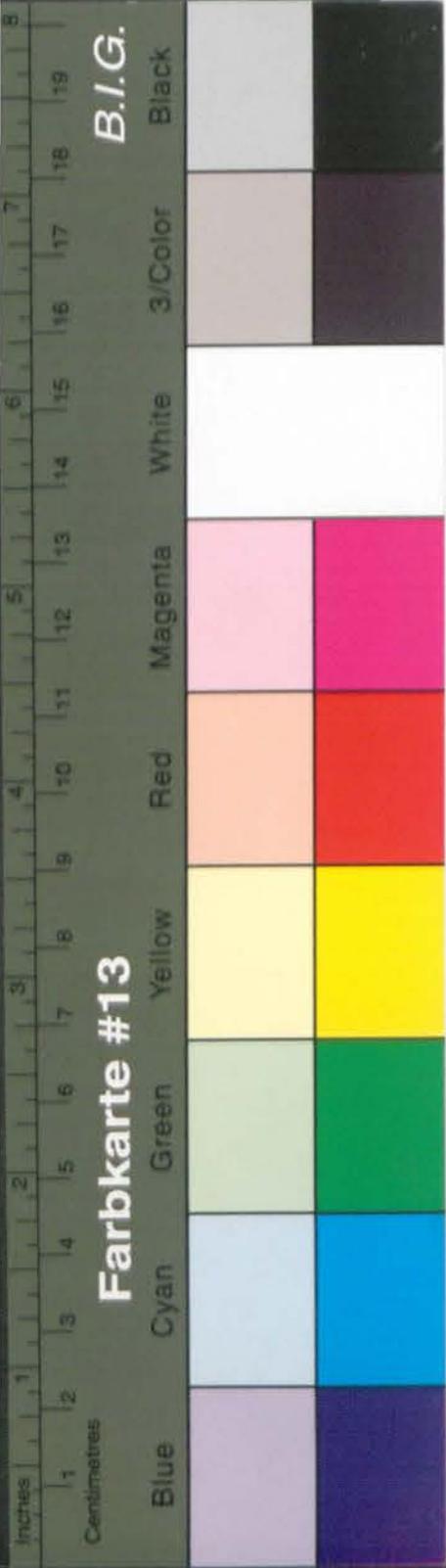
4. Leiten Sie Ihre Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen ab?
Ihr Familien- oder Rechtsverhältnis zum Verfolgten:

II. Verfolgte(r)
(Nur auszufüllen, wenn Anspruchsberechtigte(r) [s. Abschnitt I, 1] Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen [s. Abschnitt I, 4] ableitet)

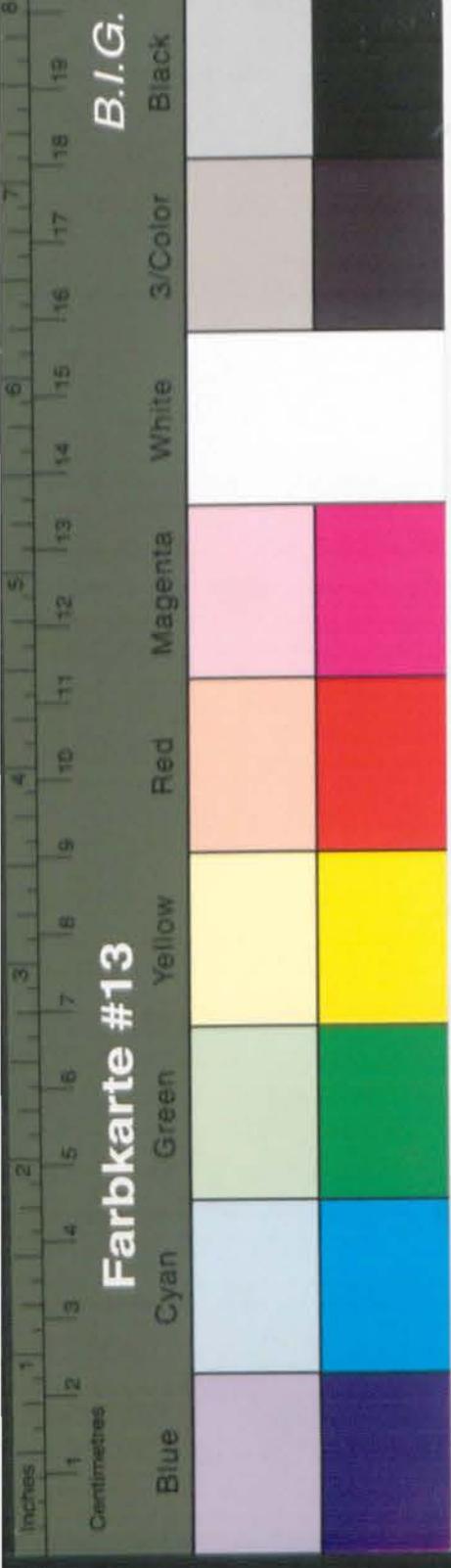
1. Name: _____
Vorname: _____ Letzter Wohnort / Sitz (Kreis, Land): _____
Geburtsdatum und -ort (Kreis, Land): _____
gestorben am: _____ (Straße und Haus-Nr.)
in (Kreis, Land): _____
Bei juristischen Personen usw. Zeitpunkt der Auflösung: _____
Staatsangehörigkeit: frühere: _____ letzte: _____

2. Beruf: _____
Erlernter Beruf: _____
Letzte berufliche Tätigkeit: _____

3. Verfolgt wegen seiner / ihrer politischen Überzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?



Kreisarchiv Stormarn B2



Kreisarchiv Stormarn B2

— 4 —

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? nein
Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen?

Welche Wiedergutmachungsleistungen (Rechte, Sachwerte, Geld) haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im Rückerstattungsverfahren erhalten?

Art der Leistungen:	Von welchen Stellen:
<i>Rechte</i>	<i>Polizei</i>

Sind Ansprüche nach Art. 44 Abs. 3 US-REG bzw. Art. 36 Abs. 3 Br-REG bzw. Art. 37 Abs. 3 Berl.-REAO oder in einem Rückerstattungsverfahren nach der VO Nr. 120 der französischen Mil.-Reg. an Rückerstattungspflichtige abgetreten worden? ja nein

VI. Dem Antrag sollen beigelegt werden:

1. Eine Schilderung des Verfolgungsvorganges
2. Eine Erläuterung der Schadensfälle und der Höhe der erlittenen Schäden sowie Angaben über die Art der beanspruchten Entschädigungsleistungen
3. Beweismittel (Originale, beglaubigte Abschriften oder beglaubigte Photokopien)

Zum Beispiel: Aufenthaltsbescheinigungen, Entscheidungen der Entnazifizierungsbehörden, Geburts-, Sterbe- und Heiratsurkunden sowie Erbnachweise (wenn der Anspruchsberechtigte nicht der Verfolgte ist), Nachweis der Eigenschaft als Heimkehrer, Vertriebener, Sowjetzoneflüchtling, heimatloser Ausländer oder politischer Flüchtling, Nachweis der Aufhebung oder Änderung einer strafgerichtlichen Verurteilung sowie sonstige dem Beweis der Ansprüche dienende Unterlagen.

Folgende Beweismittel

wurden bereits an oder
(Behörde)

(Gericht) (Aktenzeichen)

zu -Verfahren eingereicht.

VII. Ich versichere, daß die vorstehenden und in den beigefügten Anlagen enthaltenen Angaben richtig sind. Mir ist bekannt, daß nach § 2 des Gesetzes der Anspruch auf Entschädigung ganz oder teilweise zu versagen ist, wenn der Anspruchsberechtigte sich, um Entschädigungsleistungen zu erlangen, vor oder nach Inkrafttreten des Gesetzes unlauterer Mittel bedient oder wissentlich oder grobfärlässig unrichtige oder irreführende Angaben über Grund oder Höhe des Schadens gemacht, veranlaßt oder zugelassen hat.
Nachträgliche Veränderungen, die sich auf diesen Antrag beziehen, werde ich der Entschädigungsbehörde bzw. dem Entschädigungsgericht unverzüglich anzeigen.

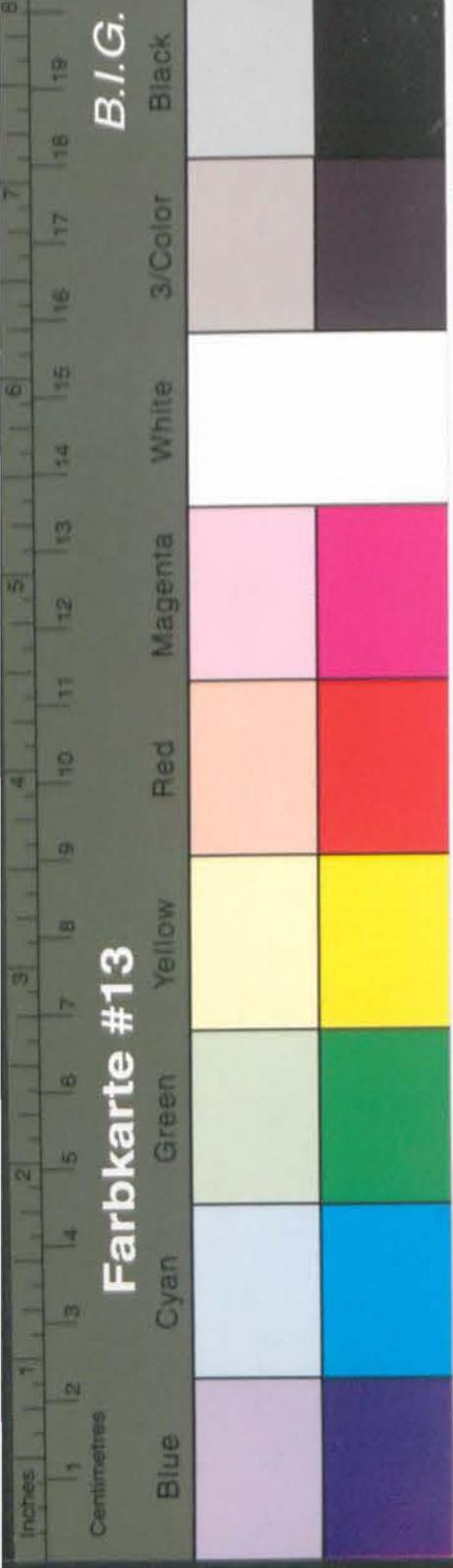
Gleide, den *10. Aug 1954* *Rudolf Gebert*
(Ort) (Datum) (Unterschrift)

Dem Antrag sind Anlagen beigefügt, und zwar:
 1. *Zeugnis der Verhaftung*
 2. *Bescheinigung der Staatskunstschafft*
 3. *Zeuge oder Zeugin*
 4.
 5.
 6.
 7.
 8.
 9.
 10.

Bei Antwort
Aktenzeichen angeben.

Im Auftrag des Landrates:
Rudolf Dabbelstein
Sozialarbeiter

„Buchkunst“, Berlin W 55



Kreisarchiv Stormarn B2

— 4 —

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? / nein
Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen?

Welche Wiedergutmachungsleistungen (Rechte, Sachwerte, Geld) haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im Rückerstattungsverfahren erhalten?

Art der Leistungen:	Von welchen Stellen:
<i>Keine</i>	<i>Stadt</i>

Sind Ansprüche nach Art einem Rückerstattungsverfahren getreten worden?

VI. Dem Antrag sollen beigelegt werden:

1. Eine Schilderung des Verlustes
2. Eine Erläuterung der Sachwerte und der Anspruch auf Entschädigung
3. Beweismittel (Originale, Foto, Zeugenaussagen, Urkunden, Dokumente, Briefe, Reisekarten, Ausweise, Pass, Ausweis, etc.)

Zum Beispiel: Ausweis, Heiratsurkunde, der Eigenschaft als Flüchtling, Nachweis der Ansprüche

Folgende Beweismittel wurden bereits an den Antragsteller übergeben:

Kreisausschuß des Kreises Stormarn - 1. OKT 1954. *W.*

VII. Ich versichere, daß die vorliegenden Anträge berechtigt sind, lautender Mittel bedient und die Höhe des Schadens gemacht. Nachträgliche Veränderungen am Antrag sind unverbindlich.

Glinde
(Ort)

Ur schriftlich mit 2 Anl.

Kreisentschädigungsamt
4-1/9 Ge bert - D. /-

11. Okt. 1954. *Rudolf Gebert*

An das Landesentwicklungsamt Schleswig-Holstein,
Kiel 1.

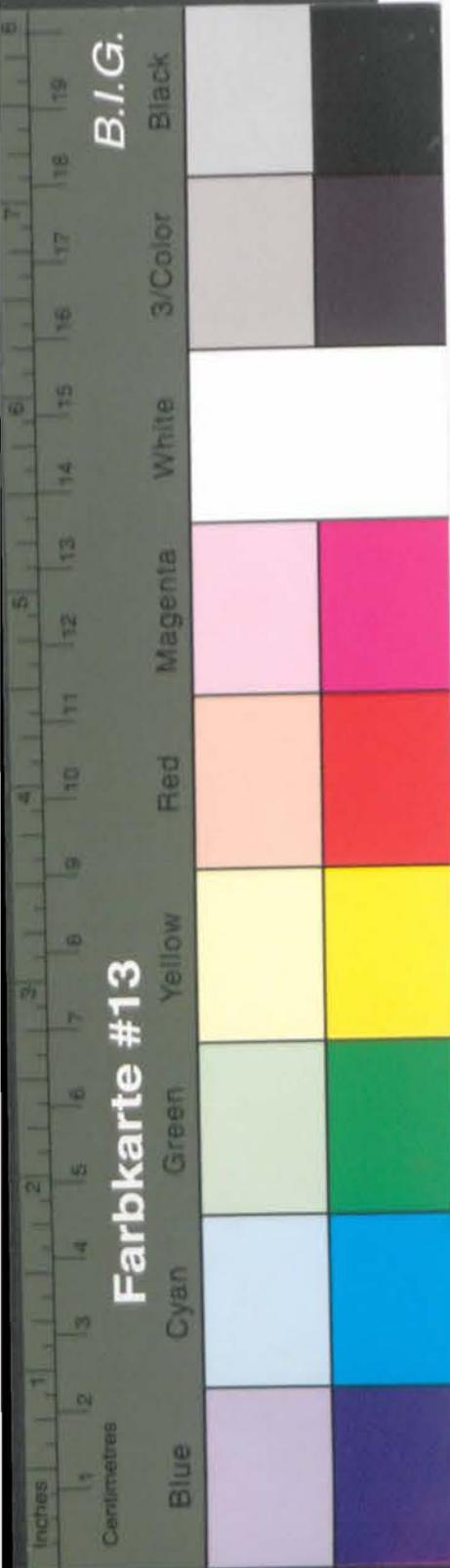
In der Wiedergutmachungsangelegenheit den bei mir gestellten Wiedergutmachungsantrag nach dem B.I.G. mit der Bitte um die dortige Entscheidung.
W.

Aktenzeichen: ?

Im Auftrage:
W.

Nachdruck verboten.

„Buchkunst“, Berlin W 35



Kreisarchiv Stormarn B2